

Aus: Wenzel, Jürgen; Schöbel, Sören (Hrsg.): Eingriffe in die kommunale Freiraumplanung. Dokumentation der Veranstaltungsreihe "Gesellschaftlicher Strukturwandel, kommunalpolitische Probleme und neue Stadtbilder - die kommunale Freiraumplanung im Spannungsfeld". Institut für Landschaftsarchitektur, TU Berlin. Berlin 2000, S. 103 - 114.

Ursula Stein

Freiraum und Staat - Bleibt Freiraumplanung staatliche Aufgabe?

1. Vorbemerkung: Freiräume schaffen

Im Frühsommer 1999 traf ich einen Kollegen, der sich auf das bevorstehende Kolloquium bezog und meinte: "Du machst jetzt auch Freiraum?" Meine Antwort spontan: "Aber ja! Moderation schafft dauernd Freiräume!" - Damit hatten wir uns wunderbar miss- und zugleich sehr gut verstanden: Prozessgestaltung sorgt für Freiräume zum Finden gemeinsamer Ziele und Wege, zum Denken und Zuhören in allen Planungsfällen, wo Zusammenarbeit gefragt ist - und damit auch für Freiraumplanungsfälle.

"Freiraum und Staat - Bleibt Freiraumplanung staatliche Aufgabe?" heißt die Fragestellung für diesen Beitrag. Sie wird einer Raumplanerin gestellt, die sich auf Moderation, Prozessgestaltung und Organisationsentwicklung in der Planung spezialisiert und dabei auch mit Freiraum- und Landschaftsplanungsthemen zu tun hat. Ziel des Beitrags ist es, nicht einem Allheilmittel Moderation das Wort zu reden, sondern die wechselseitige Bedingtheit einer guten fachlichen Planung und einer der heutigen Zeit angemessenen Planungskultur herauszuarbeiten.

2. Stadtplanung und Landschaftsplanung: ähnliche aktuelle Themen

Bedeutungsverlust ? Legitimationsschwund ? Identitätskrise ?

Vergleicht man aktuelle Darstellungen zur Lage der Dinge in der Stadtplanung und in der Landschaftsplanung, so beschäftigen die Protagonisten aus beiden Feldern offensichtlich ganz ähnliche Themen. Stadtplaner wie Freiraumplaner sehen ihre Handlungsspielräume eingeschränkt oder gar ihre gesellschaftliche Reputation beschädigt, obwohl doch beispielsweise unter dem Trendwort "Nachhaltigkeit" eigentlich die Fülle der zu bewältigenden Aufgaben deutlicher denn je hervortritt. Weitere Modeworte wie "Globalisierung", die Gefühle

der Einflusslosigkeit verstärkt, oder "Deregulierung", die Planung als gänzlich von gestern erscheinen lässt, verursachen gelegentlich mutlose bis depressive Stimmungslagen. Legitimationsdefizite der Planung und Identitätskrisen der PlanerInnen scheinen zu dominieren. Klaus Selle umreißt im jüngsten Arbeitsbericht aus dem Forschungsprojekt zum "kooperativen Umgang mit einem knappen Gut" (Selle 1999) zunächst den Stand der Freiraumplanung ebenso in diesem Sinne, wie ihn auch Sören Schöbel und Jürgen Wenzel in ihrem Papier zur Veranstaltungsreihe (Wenzel/Schöbel 1999) selbstkritisch dargelegt haben. Als Beispiel für die Stadt- und Regionalplanung können einige Beiträge aus dem Vorfeld einer Tagung der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung im Mai 1999 genannt werden (z.B. Wallraven 1999).

Andere Perspektiven - neue Spielräume und Arbeitsformen

Selle (1999) ebenso wie Dangschat (1999), zuvor aber auch Uwe-Jens Walther in einem Beitrag zu einer Veranstaltungsreihe des Instituts für Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin 1997/98 (Walther 1998) zeigen auf, dass die Analyse hierbei nicht stehenbleiben kann. Man muss sich vom Bild der Planung als ausschließlich hoheitlicher, rahmensetzender Aufgabe verabschieden und das öffentlich-rechtliche System mit den verschiedenen Ebenen räumlicher Planung als einen Akteur unter vielen, die auf räumliche Entwicklung Einfluß nehmen, betrachten. Dann kommen auch neue Bedeutungen, Spielräume und Arbeitsformen in's Blickfeld. Walther konstatiert, dass Planung "längst in die Poren der Gesellschaft, in viele Foren und Arenen der Massenkommunikation usw. eingedrungen" sei (Walther 1998, S. 42). Er benennt unter anderem das Organisieren und Begleiten von Lern- und Verständigungsprozessen als eine Aufgabe, die unter diesen Umständen an Bedeutung gewonnen habe. Auch das Thematisieren von fachlichen und gesellschaftlichen Anliegen gehöre dazu. Wichtig sei, so Walther, "mit der Parallelität von Mangel und Reichtum, von Handlungschancen und Handlungszwängen" umzugehen und beides in die Wahrnehmung der Planungsrealität zu integrieren (ebd.). Die Integration von Stadtteilentwicklungsplanung in ein Konzert unterschiedlicher Beteiligter bei der Verfolgung integrierter Ansätze im Rahmen der Arbeit für eine "soziale Stadt" (so der Titel eines 1999 aufgelegten und von der Fachwelt engagiert aufgenommenen Bundesförderprogramms) zeigt, wie Stadtplanung in einem solchen Rahmen ihre Einflusssphäre erweitern kann. Freilich um den Preis des Risikos, selbst von anderen beeinflusst zu werden ... Mit dem Abschied von nicht mehr zeitgemäßen Omnipotenzvisionen ist auch ein Gewinn verbunden: Planer können sich von der Last der Alleinzuständigkeit und Alleinverantwortung für die räumliche Entwicklung, die sie übermäßig frustrieren kann, verabschieden.

Mit Landschaft Stadt machen

In diesem Beitrag überwiegend von Planung zu sprechen und damit räumliche Planung insgesamt zu meinen - Stadtplanung, Regionalplanung, Landschaftsplanung, Freiraumplanung - macht um so mehr Sinn, als die Konkurrenz zwischen Stadt- und Landschaftsplanung überholt scheint. Der überkommene Gegensatz von Stadt und Landschaft hat da-

bei lange für den Gegensatz von Technik und Natur gestanden, was in Zeiten ökologischen Bauens und hochindustrialisierter Landwirtschaft obsolet erscheint. Er macht einem Hand-in-Hand-Arbeiten Platz. Thomas Sieverts und Sophie Wolfrum, die beide zum Kolloquium eingeladen wurden, argumentieren und arbeiten ebenso in diese Richtung wie die Strategien der IBA Emscher Park: Mit Landschaft Stadt machen. Die Definition, Gestaltung, Lesbarkeit und Nutzbarkeit der Landschaft trägt in einem Städtesystem, das sich der Netzförderung nähert, zur Definition und Erkennbarkeit von Stadt bei, und wird in der "Regionaltadt" zu einem integralen Bestandteil (vgl. Sieverts 1998, bes. S. 464f.; Wolfrum 1999). In den Niederlanden finden wir Analysen und Entwürfe, die aus städtebaulicher und aus landschaftsplanerischer Sicht die Verflechtung und gegenseitige Beeinflussung von "Stadt" und "Landschaft" thematisieren, zum Beispiel bei Willem Jan Neutelings oder Adriaan Geuze mit West 8 Landscape Architects (vgl. Andela 1994; Neutelings 1997). Johann Jessen weist darauf hin, dass "seit einigen Jahren Landschaft auch wieder in der Stadt auftaucht - als Brachen, vernutzt, verbraucht und vergiftet. Der ökonomische Strukturwandel reißt Löcher in die Stadt; in manchen strukturschwachen Regionen sind sie so groß, dass die Hoffnung, sie wieder vollständig durch Stadt zu füllen, aussichtslos ist. (...) Stadtentwicklung ist nicht nur in den Kategorien der Expansion und Verdichtung zu beschreiben." (Jessen 1999, S. 14).

3. Von Planung reden: Beobachtungen

Viele sind an Planung beteiligt

Räumliche Planung als Gefahrenabwehr oder Rahmensetzung allein reicht nicht mehr aus. "Die gesellschaftliche Komplexität hat offensichtlich einen Grad erreicht, in dem wesentliche Veränderungen nicht mehr abstrakt durch Pläne befohlen und durch einfache Infrastrukturinvestitionen durchgesetzt werden können ..." konstatieren Thomas Sieverts und Karl Ganser (Sieverts/Ganser 1993, S. 35). Zum koordinierten Handeln öffentlicher Akteure tritt die Zusammenarbeit mit privaten Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen hinzu. Raumplanung ist - außer dass sie gewisse hoheitliche Zuständigkeiten hat - auf allen Maßstabsebenen auch zum Verhandlungsgegenstand zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geworden.

Abbildung: Stadtteilrelevante Akteure Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord

Die Rollenvielfalt von Planerinnen und Planern tritt deutlicher hervor

Das Rollenverständnis von Planerinnen und Planern wird differenzierter wahrgenommen. Je nach Situation und Aufgabe müssen die Rollen bewusst ausgewählt und gestaltet werden,

um nicht zwischen unterschiedlichen Anforderungen den Kopf und das Gefühl zu verlieren. Dietiker beschreibt aus dem Rollenrepertoire u.a. die Rollen von Fachmann/ Fachfrau, Anwalt/Anwältin und Moderator/in (Dietiker 1991).

Zur ersten Rolle: Planer und Planerinnen sind als **Fachleute** dafür ausgebildet, die komplexen Themen der räumlichen Planung handlungsorientiert zu bündeln und sie fachlichen und politischen Abwägungs- und Entscheidungsprozessen zugänglich zu machen. Früher war damit meist die Annahme verknüpft, dass sie ihrem Einsatzfeld in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ausschließlich das "Allgemeinwohl" zu vertreten hätten. Die Auffächerung der Arbeitsorte von Planerinnen und Planern in beispielsweise die Immobilienwirtschaft oder ehemals öffentliche Betriebe (wie Energieversorgungs- und Verkehrsunternehmen) hinein lenkt aber auch den Blick darauf, dass sie unter Umständen ganz deutlich die Interessen einer bestimmten Klientel zu vertreten haben.

Das tritt in der zweiten Rolle als **Anwalt oder Anwältin** - Dietiker nennt hier die Vertretung schwach organisierter, unberücksichtigter Interessen oder schweigender Gruppen - am deutlichsten hervor.

Und schließlich zur dritten Rolle, der **Moderation**: Wenn das Organisieren und Anleiten der Zusammenarbeit unterschiedlicher Beteiligter und das Zustandebringen von Verhandlungen und Vereinbarungen im Vordergrund steht, sind von den Planerinnen und Planer als Moderatorinnen oder Moderatoren von Planungs- und Entwicklungsprozessen auch hierzu Kenntnisse und Haltungen gefragt. Zugleich muss das Interesse am fachlichen Detail in die zweite Reihe treten, damit die Vertrauensbasis bei den beteiligten nicht in Gefahr gerät, weil der Verdacht aufkommt, bereits im Arbeitsprozess würde manipuliert.

Diese unterschiedlichen Rollen sind nicht immer klar voneinander abzugrenzen. Deshalb müssen die Professionellen aber um so mehr versuchen, sich selbst über ihre gerade aktuelle Rolle und Aufgabenkombination Klarheit zu verschaffen. Dabei sind sie selbst zugleich **Mitglied einer gesellschaftlichen Gruppe mit eigenen Werten, Interessen und Lebenszielen** (vgl. Dietiker 1991 und Selle 1994, S. 290 f.). Diese Basis des individuellen Verhaltens tritt wieder stärker hervor, wenn der Planer oder die Planerin selbst ein "Mitspieler" unter mehreren in einem komplexen Prozess wird und nicht mehr von einer unhinterfragten Expertenrolle abgeschirmt wird.

Die Arbeit "rund um den Plan" gewinnt an Bedeutung

Auch die Vorgehensweisen der Raumplanung werden vielfältiger. Neben die gewohnten Verfahren der Planerarbeit in einem Planungsamt oder durch Auftragnehmer treten mehr oder weniger kooperative Verfahren mit vielen Beteiligten und immer häufiger auch große und kleine Projekte, die in einen Orientierungsrahmen eingeordnet sind. Planung ist also zum Teil Anwendung von Expertenwissen, zum Teil Organisation von Lernprozessen und Vereinbarungen und damit Anwendung von Prozesswissen. Die traditionelle Verwal-

tungsorientierung der Planerausbildung allein reicht nicht mehr aus: wenn die Prosperität der Industrienationen in Zukunft immer mehr von der Qualität des Denkens und immer weniger von der Produktion von Massengütern abhängt, dann muss auch Planung ihren Beitrag zu Beweglichkeit und Innovation leisten "und deswegen auch für sich ein innovatives Milieu herstellen" (Sieverts/Ganser, S. 35). Das gilt ebenso für den Kreis der Beteiligten wie für die Arbeits- und Organisationsformen. Ein Beispiel für die Integration von Lernprozessen und Umsetzungsorientierung liefert das Büro AGL in Saarbrücken. Die Landschaftsrahmenplanung im Landkreis Saarlouis wurde mit Informationsarbeit, Seminaren auf der Arbeitsebene und Bürgermeisterrunden mit der Diskussion über eine ökologisch orientierte Regionalentwicklung, aber auch den Handlungsbedingungen auf der kommunalen Ebene verzahnt.

4. Bleibt Freiraumplanung staatliche Aufgabe? - Teil 1

Mit der Erinnerung an die dem Beitrag gestellte Frage soll auf der Basis der bisher dargelegten Argumente - Stadt- und Landschaftsplanung beschäftigen sich mit ähnlichen Fragen, die Fixierung auf die Planung als Angelegenheit der öffentlichen Hand ist überholt - zunächst beleuchtet werden, welche Aufgaben denn der Freiraumplanung gestellt werden.

Förmliche Planung als Verhandlungs- und Drohpotential

Für die Landschaftsplanung konstatieren Wenzel und Schöbel, sie habe durch die Öffnung gegenüber Experimenten und ein differenzierteres Aufgabenverständnis "an Lebendigkeit, Relevanz und Perspektive gewonnen" (Wenzel/Schöbel 1999, S.33). Als Kennzeichen führen sie in Übereinstimmung mit fast allen aktuellen Grundsatzpapieren zur Planung an:

- die Prozessorientierung statt der bisher üblichen planerischen Darstellung eines anzustrebenden Endzustandes;
- die Problemorientierung statt der bisher üblichen Abarbeitung eines umfassenden vegetationskundlichen (Analyse)Programms;
- die Projektorientierung statt der bisherigen Gesamtplanung und
- eine kooperative und konsensorientierte "weiche" statt der bisherigen obrigkeitlich-dekretorisches "harten" Planung
- sowie als Wichtigstes die fachübergreifende Perspektive.

Kann all dies nicht von privater Hand flexibler, ungenierter und günstiger erledigt werden? Alle diese Punkte treffen zu. Allerdings würde ich überall anstelle des "statt" ein "und" einsetzen. Es ist keineswegs so, dass Planung mit diesen Kennzeichen nun vollständig die bisherigen Planungsformen verdrängt. Sie ist sogar in den meisten Fällen auf die Legitimations- und Absicherungswirkung der förmlichen Verfahren angewiesen. Und wenn die hoheitliche Planung ein Mitspieler unter anderen ist, dann braucht sie auch ein eigenes Verhandlungs- und vielleicht auch Drohpotential.

Vorsorgepflichten

Es gibt auch gute inhaltliche Gründe für die Überzeugung, dass Freiraumplanung auch staatliche Aufgabe bleibt. Die Notwendigkeit der "Daseinsvorsorge", wie es früher hieß, entfällt ja nicht unter dem Primat der Deregulierung. Über die Ufer tretende Flüsse weisen regelmäßig auf den Zusammenhang von globalen Klimaveränderungen, Folgen lokaler Planungs- und Bautätigkeit, überörtlichen Auswirkungen auf Landschaft und Stadt und die Komplexität der Ursachenbekämpfung und der Reaktionsmöglichkeiten hin.

Restebewältigung

Ein Beispiel für eine Gestaltungsaufgabe ist das, was Klaus Selle als "Doppelte Innenentwicklung" bezeichnet. "Im Zuge einer um Nachhaltigkeit bemühten Stadtentwicklung wird angestrebt, möglichst keine neuen Flächen in Anspruch zu nehmen, sondern durch Wiedernutzung mit einer 'Flächenkreislaufwirtschaft' zu beginnen. Dieses Ziel soll dadurch erreicht werden, dass Stadtentwicklung nicht nach außen, sondern nach innen gerichtet ist: Im Siedlungsbereich sollen Flächen (wieder-) gewonnen werden - durch Entwicklung brachgefallener Standorte oder durch Veränderung der Nutzung im Bestand. Mit dieser Entwicklung nach innen werden nicht nur am Randbereich der Städte Freiräume gesichert, sondern auch im Siedlungsbereich wiedergewonnen und verbessert. Weil es bei dieser Strategie also sowohl um Siedlungs- wie Freiraumnutzungen geht, wird auch von 'doppelter Innenentwicklung' gesprochen." (Forschungsprojekt "Kooperativer Umgang...", S. 2). Das kann gewaltige Dimensionen annehmen: im Gelsenkirchener Stadtteil Bismarck/Schalke-Nord sind von 520 ha Gesamtfläche des Stadtteils 140 ha, also über ein Viertel, Industriebrache, die auch als Freiraum neu entwickelt werden sollen. Mit dem Anspruch, verbraucht liegengelassene Flächen wieder in aktive Nutzung zurückzubringen, ist auch die IBA EmscherPark angetreten. Gerade im Ruhrgebiet hat sich gezeigt, dass der Wiederaufbau von Landschaft und die Revitalisierung innerstädtischer Brachflächen eine Voraussetzung für die ökonomische Revitalisierung der Region ist - und es hat sich erneut gezeigt, daß dies fast ausschließlich von der Initiative, Finanzierung der Sanierung und Organisation der Nachfolgenutzung durch den Staat abhängig ist.

Gezielte Nebenwirkungen

Die Entwicklung des Freiraums wird auch durch indirekte Wirkungen von Interventionen in anderen Feldern beeinflusst. In den Kommunen, die an Münster angrenzen, ist von 1987 bis 1996 der Flächenverbrauch je fertiggestellter Wohnung zurückgegangen und scheint sich bei durchschnittlich knapp 400 qm pro Wohneinheit einzupendeln (AG plan-lokal und Kreibich, 1999). Natürlich sind als erster Faktor dafür die gestiegenen Preise für Grunderwerb und Erschließung zu nennen. Die Gemeinden weisen jedoch darauf hin, dass auch die Förderungskonditionen im Wohnungsbau eine Rolle spielen: die

Eigenheimförderung, die besonders für sogenannte Schwellenhaushalte attraktiv ist, wird in Nordrhein-Westfalen nur dann gezahlt, wenn die je Wohneinheit verbrauchte Grundstücksfläche nicht über 400 qm liegt.

...kann das alles sein?

Soweit Beispiele für Vorsorgepflichten, Restebewältigung und gezielte Nebenwirkungen. Ob sich damit ein kreatives Milieu gestalten lässt, aus dem attraktive Vorschläge für die räumlichen Dimensionen der gesellschaftlichen Zukunft kommen können? Ich meine, dass sich die öffentliche Freiraumplanung über diese Aufgaben hinaus Zugang zu schöpferischem und phantasievолlem Arbeiten bewahren muss. Sie muss damit auch an die Öffentlichkeit gehen und Planung nicht als lästige Restriktion, sondern als attraktive, sinnstiftende Beschäftigung mit Zukunft einbringen können.

Für das nächste Kapitel lautet deshalb die Frage: welche Konzepte können helfen, hierfür Ideen zu entwickeln?

5. Zivilgesellschaft: Planung bietet Möglichkeiten

Das politische Konzept der Zivilgesellschaft und die Praxis der kooperativen Planungsverfahren sind nützliche Bausteine, um über diesen Perspektivenwechsel nachzudenken. "Bürgergesellschaft - ein Markt der Möglichkeiten" überschrieb Tilman Evers seinen Beitrag über die Ideengeschichte eines Sympathiebegriffs (Evers 1999). In Anlehnung an Habermas unterscheidet er zwei Modelle der Demokratie.

Das **liberale Modell** stellt die Abwehr des Bürgers gegen die Eingriffe des Staats in seine Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund und betrachtet die Gesellschaft als Markt, in dem die Stimmabgabe bei den Wahlen als Prämierung des günstigsten politischen Angebots zu sehen ist. Mit dem so gewonnenen Kapital an Legitimation wirtschaftet die Regierung dann eine Wahlperiode lang.

Das Gegenmodell einer **"Gesprächsdemokratie"** stellt die Bezüge des Menschen zu anderen in den Vordergrund. Grundform des politischen Handelns ist demnach die diskursive Beratung über politisch-normative Bewertungen und ihre Umsetzung in Handeln, und Entscheidungen basieren auf einer vorläufigen, mehrheitlichen Vermutung über das Richtige. "Aus dieser auf das Gemeinwohl bezogenen Richtigkeitsvermutung erwachsen die Legitimation und zugleich die Grenzen staatlichen Handelns. ... Die Wahlen sind daher auch nicht die einzige Weise ihrer (der Bürgerinnen und Bürger) politischen Betätigung, sondern symbolische Grundform einer fortdauernden Mitwirkung am Gemeinwesen, die zusätzlich in

vielfältigen anderen Formen und Einrichtungen stattfindet." (Evers 1999).

Speziell das Konzept der "Gesprächsdemokratie" bietet attraktive Anknüpfungspunkte für die Erfahrungen, die man bei vielen kooperativen Planungsverfahren machen kann. Bürger sind zum Engagement bereit, wenn ihnen der Sinn klar ist, sie sind an Informationen über ihr Gemeinwesen und am Kennenlernen der Meinungen anderer interessiert, sie sind gegebenenfalls auch in der Lage, vorgefasste Meinungen zu ändern. Natürlich gibt es auch für die gegenteiligen Erfahrungen Beispiele zuhauf! Natürlich ist "dem Bürger" oft das ökonomische Hemd näher als der soziale Rock. Natürlich gibt es die ständigen Meckerer und diese ätzenden Bürgerversammlungen, in denen sich an Planungsthemen der angestaute Unmut der Bürger über Politik und Verwaltung entlädt. Aber ist es nicht attraktiver, den anderen Erfahrungen Platz zu verschaffen?

Beate Weber, Oberbürgermeisterin von Heidelberg, schreibt über Stadtentwicklung mit Bürgerinnen und Bürgern: "Gesellschaftliche Aufmerksamkeit ist zu einer knappen Ressource geworden. Die Konsequenzen für die einladende Institution sind unter anderem, dass die 'PR'-Qualität von Einladungen und Präsentationen konkurrenzfähig sein muss und dass politische Teilhabe als eine von vielen 'Freizeitbeschäftigungen' angesehen werden sollte, die immer nur begrenzte 'Einschaltquoten' haben wird. Klare Aufgabenstellung, gute Strukturierung und eine zielgerichtete Diskussion sind von hoher Bedeutung." (Weber 1997, S. 77)

6. Beispiele: selbermachen, mitentscheiden, zusammenarbeiten

Zukunftswerkstatt für die Gestaltung eines Platzes in Hagen-Vorhalle

Im Rahmen einer Stadtteilplanung wurden in Hagen-Vorhalle speziell Frauen eingeladen, sich einzumischen. Das mit diesem Aspekt beauftragte Büro FOPA Dortmund organisierte Treffpunkte und Arbeitskreise. Zusammen mit der Volkshochschule wurde eine Zukunftswerkstatt über drei Nachmittage durchgeführt, bei der die Teilnehmerinnen konkrete Vorschläge für die Gestaltung des von allen Bürgern als hässlich empfundenen Platzes in der Ortsmitte entwickelten. Es blieb nicht bei der Formulierung von Ideen: die Stadtteilplanung wurde hinzugezogen, Politiker und Gewerbetreibende wurden angesprochen und Informationsstände auf dem Wochenmarkt eingerichtet, um das Projekt voranzutreiben.

Ökotop Heerdt in Düsseldorf

Ein Bürgerverein nahm sich Anfang der 80er Jahre einer Brachfläche in einem Stadtteil von Düsseldorf an. Nach dem Konzept der "Permakultur" wurde eine sich selbst tragende und wenig pflegeintensive Garten-, Nahrungsmittelproduktions- und Freizeitlandschaft geplant und in Eigenarbeit angelegt, die Kindern und Erwachsenen Betätigungs- und Erlebnisräume bietet. Langfristig sollte auch das Wohnen in das Konzept der Permakultur integriert werden. Heute ist neben den Gärten auch ein Wohngebiet entstanden, in dem die LEG Nordrhein-Westfalen Wohnungen nach besonderen ökologischen Standards errichtet hat.

Freiburg: "Gemeinsam für eine blühende Stadt"

Das Gartenamt in Freiburg stellt sich aktiv auf bürgerschaftliches Engagement ein. Es gibt einen speziellen Ansprechpartner, der Spenden, Freiwillige, Patenschaften, Arbeitseinsätze, kurz- und langfristige Aktionen und die Öffentlichkeitsarbeit dafür koordiniert. Die evangelische Fachhochschule begleitet dieses und andere Projekte der Bürgermitwirkung und konstatiert, dass es um gemeinschaftliches, sinnstiftendes Handeln geht. "Die Finanznot der Städte zwingt dazu, dass das Verhältnis zur Verwaltung neu definiert wird, dass Erwartungen von Seiten der Bürger/-innen und Leistungen der Verwaltung neu festgelegt und ausgehandelt werden müssen." meint der Vorsitzende der Freiburger Bürger-, Lokal- und Ortsvereine. "Sie gibt den Bürger/-innen die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, was für ihren Stadtteil wichtig ist, was verwirklicht werden soll und wofür sie bereit sind, sich zu engagieren ..." (Stadt Freiburg, 1998, S. 3)

Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord: Stadtteilentwicklung mit vielen Akteuren

Das Land Nordrhein-Westfalen hat ein integriertes Handlungskonzept für "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" entwickelt, in denen die Sozialstruktur, der Wohnungsbestand, das Wohnumfeld und die Arbeitsmarktlage außergewöhnliche Problemlagen aufweisen. In Gelsenkirchen-Bismarck fallen nicht nur das weitgespannte Akteursnetz (vgl. Abbildung zum Abschnitt "Viele sind an Planung beteiligt"), sondern auch die Vielfalt der freiraumbezogenen Aktivitäten auf: z.B. Schulhofumgestaltung, Radwegebau, Gesundheitshaus im Stadtteilpark, Umstrukturierung eines Zechengeländes, immer verbunden mit Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose, Einbeziehung der Elternschaften oder von Vereinen. Das Koordinationsteam im Stadtteilbüro wünscht sich deshalb dringlich die Ergänzung durch freiraumplanerische Kompetenz.

7. Ein kleines Experiment

Einheitliche Rezepte kann es nicht geben. Machen Sie doch einmal ein kleines gedankliches Experiment, das zu Ihren Erfahrungen und Ideen passt! Es basiert auf folgender fiktiver Geschichte:

"Wir schreiben das Jahr 2010. In Planstadt sind schon im Jahr 2000 der praktische Teil des Grün- und Gartenamts in eine GrünGmbH ausgegründet und Stadtplanungsamt und Grün- und Gartenamt zu einem Planungsamt zusammengeführt worden. Der neue Oberbürgermeister, der strikte Sparsamkeit und die Senkung örtlicher Steuern auf seine Wahlfahnen geschrieben hatte, schlägt nun vor, das Planungsamt aufzulösen. Eine mit zwei Personen besetzte Stabsstelle, die sich nur noch gezielt mit wichtigen Investitionsprojekten befassen soll, würde beim Oberbürgermeister eingerichtet, die Betreuung förmlicher Planungsverfahren beim Ordnungsamt angesiedelt. Der Vorschlag löst Proteststürme bei Bürgern, aber auch Widerspruch von Unternehmen und Institutionen aus und wird schließlich von den Ortsbeiräten und Stadtverordneten als unproduktiv abgelehnt." Was war seit 2000 in der Planung in Planstadt passiert?

8. Bleibt Freiraumplanung staatliche Aufgabe? - Teil 2

Kapitel 4 enthält einen ersten Versuch, eine Antwort auf diese Frage zu finden, und beschäftigt sich mit den Aufgaben, die es sinnvoll erscheinen lassen, Freiraumplanung zumindest in bestimmten Teilen als staatliche Aufgabe anzusehen. Offen blieb aber, welche Gestaltungsmöglichkeiten bestehen, um der Planung insgesamt zu neuem Ansehen in der Zivilgesellschaft zu verhelfen.

Planwerke nicht als Diktat, sondern als Reflexionsangebot abfassen und anbieten

Viele Planungsprozesse haben ihren Anlass in einem Planwerk, das als gesetzlich codierte Pflichtaufgabe strenger Regulierung unterliegt: Landschaftspläne, Raumordnungspläne etc.. Dennoch können diese Planungsprozesse so angelegt werden, dass der Kommunikationsprozess dazu zugleich der Befriedigung wichtiger Informations- und Verständigungsbedürfnisse dient. In Bonn sahen sowohl Bürger als auch Vertreter der Wirtschaft die Chancen eines "Integrierten Freiraumsystems Bonn" in verbesserten, transparenten Entscheidungsgrundlagen, auch wenn sie für empfindliche Flächen Einschränkungen nahelegen.

Prozessarbeit ernst nehmen

Planung ist ein Geschehen mit vielen Akteuren. Das Recht der anderen Akteure auf ihre eigene Meinung ist zu respektieren, Planung darf und muss sich aber auch selbst optimal auf die Darlegung ihrer Argumente vorbereiten. Dafür auch die Werbung einzusetzen, ist heute nicht mehr anrühlich. Die Gestaltung von Arbeitsprozessen und das Vertreten inhaltlicher Positionen sind zwei Paar Schuhe, die nicht gleichzeitig von einer Person getragen werden können! In der Arbeitsplanung ist Zeit für eine präzise Ziel- und Aufgabenklärung, für Lernprozesse und die Entwicklung der Umsetzungsperspektive zu berücksichtigen.

Aktives Marketing betreiben

Freiraumplanung muss initiativ werden, um ihre Angebote zur Mit-Gestaltung aktiv anzubringen: wie macht sich Planung so attraktiv, dass sie Leute anzieht ("wir können was tun!"), dass sie zum Sympathieträger wird ("die tun was!"), dass sie ihre Leistungen gut darstellen kann? Als rein hoheitliche Restriktionsplanung wird sie auf absehbare Zeit wenig Rückhalt finden. Katastrophenszenarien ("Funktioniert unsere Raumstruktur, wenn die Ölquellen versiegen?") sind als staatliche (öffentliche?) Aufgabe fachlich notwendig, aber unpopulär und mit Vorsicht zu handhaben ("Waldsterben? Der Wald steht immer noch!").

Ein Spektrum angemessener Formen nutzen

Es kann sein, dass eine öffentliche Aufgabe nicht unbedingt vom Staat erbracht werden muss. Wichtige Projekte wurden in den letzten Jahren von nicht-staatlichen, wenn auch öffentlichen Agenturen formuliert: IBA Emscher Park, IBA Fürst-Pückler-Land, Wolfen/Bitterfeld/Ferropolis, Regionalpark Rhein-Main. Welche Form die sinnvollste ist, muss von Fall zu Fall entschieden werden und hat vorläufig auch extrem viel mit den agierenden

Personen zu tun. Strategien der freiwilligen Kooperation sind nicht prinzipiell und immer denen der staatlichen Regulierung überlegen, wenn sie funktionieren, sind sie aber effizient, wirksam und sympathisch. Nicht für alle Aufgaben der Freiraumentwicklung sind private, gewinnorientierte Strukturen geeignet. Welche Formen der Trägerschaft aus einem Quartier sind z.B. im Rahmen der Stadterneuerung denkbar? Wie können sie die Effizienzvorteile der Gewinnorientierung mit der Bindung an gemeinsam im Quartier entwickelte Ziele verbinden?

Ein kurzes Fazit als Antwort auf die diesem Beitrag gestellte Frage "Bleibt Freiraumplanung staatliche Aufgabe?": Freiraumplanung bleibt unter anderem auch staatliche Aufgabe, aber sie ist nicht mehr mit dem Grünflächenamt alter Prägung gleichzusetzen, sie braucht neue Haltungen bei den Professionellen und ein kooperatives Verhältnis zu anderen Akteuren.

Literatur

Andela, Gerrie (1994): Challenging landscapes for explorers. Estrangement and reconciliation in the Work of West 8. In: Archis, Heft 2/1994.

Arbeitsgemeinschaft plan-lokal und Volker Kreibich (1999): Unterlagen zum Werkstattgespräch "Regionaler Wohnungsmarkt" am 28. 5. 1999 in Drensteinfurt, ExWoSt-Forschung "Städte der Zukunft", Modellstadt Münster, Projekte "Nachhaltige Siedlungsstruktur - Regionaler Wohnungsmarkt" (plan-lokal/Kreibich) und "Voraussetzungen interkommunaler Zusammenarbeit in der Stadtregion Münster" (Stein)

Dangschat, Jens (1999): Wandel der Gesellschaft - Wandel des Berufsstandes. In: PlanerIn 1/99, S. 15 - 18.

Dietiker, Jürg (1991): Gewandeltes Rollenverständnis des Planers. In: Information Raumplanung. Hrsg. Baudirektion des Kantons Bern, 6 (1991) 4, S. 6-8.

Evers, Tilman (1999): Bürgergesellschaft: ein Markt der Möglichkeiten. Ideengeschichtliche Irritationen eines Sympathiebegriffs. In: Frankfurter Rundschau, 10. 5. 1999, S. 8 - 9.

Forschungsprojekt "Kooperativer Umgang mit einem knappen Gut" (1988): Kurzdarstellung der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung am Institut für Freiraumentwicklung und planungsbezogene Soziologie, Universität Hannover, und am Institut für Raumplanung, Universität Dortmund.

Jessen Johann (1999): Stadt und Landschaft - Neue Herausforderungen an die Planung. In:

Dokumentation SRL-Jahrestagung/BDLA-Bundeskongreß 1998, 8. - 10. Oktober 1998 in Neu-Ulm, SRL-Schriftenreihe Nr. 45, Berlin 1999, S. 13 - 20.

Neutelings, Willem Jan (1997): Patchwork Metropolis 1988/89. In: Bosma/Hellinga (Hrsg.): Mastering the City. Rotterdam.

Selle, Klaus (1994): Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Band 69, Institut für Raumplanung, Dortmund.

Selle, Klaus (Hrsg.) (1999): Vom sparsamen Umgang zur nachhaltigen Entwicklung: Programme, Positionen und Projekte zur Freiraum- und Siedlungsentwicklung. Werkbericht der AGB, Nr. 41, Dortmund, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

Sieverts, Thomas (1998): Die Stadt in der Zweiten Moderne, eine europäische Perspektive In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8.1998, S. 455 - 473.

Sieverts, Thomas / Ganser, Karl (1993): Vom Aufbaustab Speer bis zur Internationalen Bauausstellung EmscherPark und darüber hinaus. Planungskulturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung (DISP), Nr. 115, Zürich 1993.

Stadt Freiburg im Breisgau, Dezernat II (Hrsg.) (1998): Gemeinsam für ein blühendes Freiburg. Freiburg i. Br., Mai 1998.

Stadtplanungsamt Bonn (Hrsg.) (1998): Integriertes Freiraumsystem für die Stadt Bonn.

Stein, Ursula (1995): Raumplanung zwischen Staat, Markt und Gesellschaft. Die wachsende Politik- und Umsetzungsorientierung der Praxis erfordert neue Akzente in der Ausbildung. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5, Sept./Okt. 1995, S. 393 - 396.

Stein, Ursula (1999): Projektmanagement und Kultur der Zusammenarbeit: Gute Voraussetzungen für "Nachhaltigkeit" bei Beteiligungsverfahren. In: Verkehrszeichen, Nr. 2/1999, S. 30 - 32.

Wallraven, Guido (1999): Zum Stand der Dinge - Fragen zur Zukunft. In: PlanerIn 1/99, S. 4 - 6.

Walther, Uwe-Jens (1998): Über Restriktionen hinaus: Räumliche Planung und Politikberatung heute. In: Uwe Altröck/Dieter Frick/Thomas Kuder (Hrsg.), Zwischenbilanz. Standortbestimmung und Perspektiven der Stadt- und Regionalplanung. Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung, Technische Universität Berlin, Berlin 1998, S. 27 - 44.

Weber, Beate (1997): Stadtentwicklung mit den Bürgerinnen und Bürgern - Entwicklungspotentiale der Zivilgesellschaft am Beispiel Heidelberg? In: Klaus M. Schmals / Hubert Heinelt (Hrsg.): Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite und Potentiale. Opladen (Leske und Budrich), S. 59 - 79.

Wenzel, Jürgen / Schöbel, Sören (1999): Gesellschaftlicher Strukturwandel, kommunalpolitische Probleme und neue Stadtbilder - die kommunale Freiraumplanung im Spannungsfeld. Typoskript, Institut für Landschaftsarchitektur, TU Berlin.

Wolfrum, Sophie (1999): Regionale Landschaften. In: Stadt und Landschaft - Regionale Strategien. Dokumentation SRL-Jahrestagung/BDLA-Bundeskongreß 1998, 8. - 10. Oktober 1998 in Neu-Ulm, SRL-Schriftenreihe Nr. 45, Berlin 1999, S. 133 - 148.